

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Blechinger. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Maresch.

Maresch (DIE LINKE):

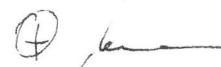
Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich Landtagsabgeordneter wurde, war ich Polizeibeamter des Bundes. In dieser Eigenschaft war ich häufig im europäischen Ausland unterwegs und habe bei einer dieser Dienstreisen einen finnischen Kollegen kennengelernt, der mein Schicksal teilt. Er hat eine 18-jährige schwerstbehinderte Tochter, ich habe einen 20-jährigen schwerstbehinderten Sohn. Frau Blechinger, ich weiß also, wovon ich rede. Ich weiß auch, was Inklusion bedeutet. Der finnische Kollege ist ein Freund geworden. Wenn ich erlebe, wie inklusiv der Umgang mit Menschen mit Behinderungen in Finnland ist - davon können wir in Deutschland derzeit nur träumen -, dann habe ich eine Vision, wie wir die Konvention - so hoffe ich, auch als Betroffener - recht schnell umsetzen können.

(Beifall DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Die Schlussfolgerung aus der UN-Konvention heißt nicht: Es ist gut so, wie es ist, und deshalb wird alles so bleiben. Inklusive Bildung heißt eben inklusive Bildung. Inklusive Bildung plus Sondersysteme ist ein Widerspruch in sich. Darum drückt sich die FDP-Fraktion.

Ja, es ist nicht einfach, die Konsequenzen eines inklusiven Bildungssystems sowohl gegenüber den Eltern behinderter Kinder als auch gegenüber denen, die in den heutigen Sondersystemen engagiert und gut arbeiten, zu vertreten.

TE




(Maresch)

Ich war auch einer in diesen Systemen.

Die Förderschulstruktur, die Sie - die Kollegen der FDP - in Ihrem Antrag für unantastbar erklären, hat da nämlich keine Berechtigung mehr, und das ist schwer zu erklären, weil sich die Kinder dort wohlfühlen, weil sie in der Regel gut gefördert werden und die Eltern das auch wahrnehmen und weil Eltern daneben ein Normalsystem sehen, was Ihnen das alles in der Regel heute so nicht bieten kann. Das Beispiel Finnland hatte ich dargestellt, wo das genau umgekehrt ist.

Inklusion ist als Ziel sicher gut und plausibel zu beschreiben. Wenn wir sie denn von einem Tag auf den anderen verwirklicht hätten, würde sie niemand mehr hinterfragen; das ist meine feste Überzeugung. Die Schwierigkeit liegt in dem Weg, der zu diesem Ziel führt. Abgesehen vom logischen Widerspruch, der in einer Koexistenz von Inklusion und Aussonderung liegt, können Sie auch nicht ernsthaft und dauerhaft zwei Bildungssysteme und Schulsysteme nebeneinander finanzieren. Wenn wir von Separierung weg wollen, dann können wir irgendwann die separaten und separierenden Strukturen nicht mehr anbieten. Mit anderen Worten: Sie können nicht einfach mit der allergrößten Selbstverständlichkeit der Welt das Wunsch- und Wahlrecht über alles stellen, ohne diesen Widerspruch wenigstens ehrlich angesprochen zu haben.

In Ihrem Antrag wird das alles glatt und frei von Problemen dargeboten nach dem Prinzip: Der Fortschritt kommt auch ohne Veränderungen. - Richtig ist - da stimme ich sicherlich voll und ganz mit allen hier überein - : Über die Köpfe behinderter Menschen und ihrer Angehörigen hinweg wäre die Umsetzung der UN-Konvention von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir haben Besorgnisse, wie ich sie eben beschrieben habe, die wir gemeinsam abbauen müssen. Wir müssen sie im besten Sinne dafür gewinnen, sich überhaupt auf den Weg zu begeben. Wir müssen ihnen glaubhaft versichern können, dass wir Ihnen nichts wegnehmen werden, schon gar



nicht die Förderung ihrer Fähigkeiten.

Wir haben die Pflicht, den Weg plausibel zu machen, dabei auch ehrlich zu sagen, dass er lang sein wird und dass er auch nicht mehr umkehrbar ist, auch dann nicht, wenn da mal größere Steine im Weg liegen. Mir ist es deswegen allemal lieber, ein paar Wochen, Monate länger miteinander zu reden, als im Hauruckverfahren Konzepte und Berichte aufzuschreiben.

Ein Weg, der vielleicht 15 oder 20 Jahre braucht, wird nicht deswegen scheitern, weil wir am Anfang mehr Sorgfalt verwandt haben. Ich halte dies sogar für schlicht geboten. Die vom zuständigen Minister bereits angekündigten Regionalkonferenzen sind meiner Meinung nach ein - ein! - wirklicher Schritt. Selbstverständlich müssen die dort gewonnenen Erkenntnisse konstruktiv umgesetzt werden.

Teilhabe am Arbeitsleben ist und bleibt ein Anspruch, der besondere Anstrengungen verlangt. Wir hatten in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs die Tendenz, dass behinderte Menschen von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt weit weniger profitiert haben als andere Gruppen. Eine spürbare Senkung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter ist in der Vergangenheit im Grunde nur über besondere Förderprogramme erreicht worden.

Wichtigster Aspekt für die Betroffenen und ihre Angehörigen ist die gleichberechtigte Teilhabe am alltäglichen Leben. Begreifen wir den Satz als das, was er ist, nämlich als Verpflichtung. Wir alle müssen weg von der defizitorientierten Betrachtung hin zur fähigkeitsunterstützenden Sicht auf die Menschen. Es geht im Rahmen der gleichberechtigten Teilhabe um Menschenrechte, nicht um Almosen. Nicht der Mensch mit Behinderung muss sich der Umwelt anpassen, sondern umgekehrt.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

